



Regierung von Oberbayern

EINGEGANGEN				
17. Mai 2017				



Regierung von Oberbayern • 80534 München

Schön Klinik Bad Aibling SE & Co. KG  
Seestraße 5a  
83209 Prien

Bearbeitet von  
Karl-Otto Gerlach

Telefon / Fax  
+49 (89) 2176-2614 / -402614

Zimmer  
3325

E-Mail  
[Karl-Otto.Gerlach@reg-ob.bayern.de](mailto:Karl-Otto.Gerlach@reg-ob.bayern.de)

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Geschäftszeichen  
12.2-3-2433 RO 2011 (J18717)

München,  
16.05.2017

**BayKrG**  
**Schön Klinik Bad Aibling**  
**Errichtung Erweiterungsbau mit Integration Standort Harthausen**  
**Fachliche Billigung**

Anlagen:  
Auflagen, Nebenbestimmungen und Hinweise  
Submissionsliste  
Empfangsbekanntnis

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Regierung von Oberbayern erlässt folgenden

### Bescheid

1. Die Maßnahme „Errichtung Erweiterungsbau mit Integration Standort Harthausen“ wird fachlich gebilligt.
2. Diese Maßnahme wird mit einem Festbetrag in Höhe von 19.910.000 € zum Kostenstand (02/2016) gefördert (Art. 11 Abs. 4 BayKrG).
3. Die Regierungsschreiben vom 06.12.2016 und 03.05.2017 und die beigelegten Auflagen, Nebenbestimmungen und Hinweise sind Bestandteil dieses Bescheides.
4. Dieser Bescheid ergeht kostenfrei.

Briefanschrift  
Maximilianstraße 39  
80538 München

U4/U5 Lehel  
Tram 17/19 Maxmonument

Telefon Vermittlung  
+49 (89) 2176-0

Telefax  
+49 (89) 2176-2914

E-Mail  
[poststelle@reg-ob.bayern.de](mailto:poststelle@reg-ob.bayern.de)

Internet  
[www.regierung-oberbayern.de](http://www.regierung-oberbayern.de)



## Gründe

### I.

Der Träger beantragte für die o. g. Maßnahme die Förderung von Kosten nach Art. 11 BayKrG. Die Gesamtkosten der Maßnahme wurden mit 52.140.000 € angegeben.

Die beantragte Maßnahme ist im geprüften Umfang grundsätzlich bedarfsnotwendig.

Das Ergebnis der fachlichen Prüfung wurde Ihnen mit RS vom 06.12.2016 bzw. 03.05.2017 bekannt gegeben. Die Ausführungen in diesen Schreiben sowie der beigefügten Prüfberichte sind zu beachten.

Die geprüften und dem Grunde nach förderfähigen Kosten betragen einschl. Nebenkosten 19.910.000 €.

### II.

Die Regierung von Oberbayern ist gemäß Art. 3 BayVwVfG, Art. 23 BayKrG i V. m. § 20 Abs. 1 DVBayKrG örtlich und sachlich für den Erlass dieses Bescheids zuständig.

Die beantragte Maßnahme ist im geprüften Umfang grundsätzlich bedarfsnotwendig.

Die Gesamtfinanzierung der Maßnahme ist gesichert (Vertrag vom 11.05 / 12.05.2016).

Bitte beachten Sie, dass die Nutzung der Fördermittel für den akutstationären bedarfsnotwendigen Bereich der anerkannten Planbetten zu erfolgen hat.

Die Maßnahme wird mit einem Festbetrag in Höhe von 19.910.000 € zum Kostenstand 02/2016 gefördert (Art. 11 Absatz 4 BayKrG). In diesem Betrag sind auch die Kosten für die vorab gebilligten Maßnahmen gemäß Bescheid vom 12.05.2016 enthalten.

Das Projekt ist für eine Aufnahme in das Jahreskrankenhausbauprogramm 2017 vorweg festgelegt und somit finanziell abgesichert. Die Maßnahme dient der Integration der Kapazitäten der Schön Klinik Harthausen in die Schön Klinik Bad Aibling mit anschließender Aufgabe des Standortes Harthausen. Insofern ist das Krankenhausbauvorhaben für eine anteilige Finanzierung aus dem Krankenhausstrukturfonds des Bundes nach § 12 KHG in Höhe von bis zu 50 % der anteiligen förderfähigen Kosten vorgesehen. Die Mitfinanzierung aus dem Strukturfonds setzt voraus, dass das Bundesversicherungsamt gegenüber dem Freistaat Bayern einen entsprechenden Auszahlungsbescheid nach § 6 Abs. 1 KHSFV erteilt.

Bezüglich des auf die standortübergreifende Konzentration mit Schließung der Klinik Harthausen entfallenden Teils des Vorhabens gilt für den Fall einer anteiligen Mitfinanzierung aus dem Krankenhausstrukturfonds eine verbesserte Abfinanzierung. Im Übrigen weisen wir

darauf hin, dass im Hinblick auf die Haushaltslage nicht damit gerechnet werden kann, dass dem Bauablauf entsprechende Förderleistungen in das jeweilige Jahreskrankenhausprogramm aufgenommen werden können.

Dieser Situation ist bei den Auftragsvergaben verantwortungsvoll Rechnung zu tragen, da Vor- und Zwischenfinanzierungskosten nicht förderfähig sind (Art. 9 Abs. 3 BayKrG).

Die Finanzierung etwaiger von der Förderung nicht gedeckter Kosten ist gesichert (Abs. 4 des Vertrages vom 11./12.05.2016).

### III.

Der Krankenhausträger hat jährlich jeweils zum 15. Februar eines Jahres den Stand der Umsetzung und den voraussichtlichen Abschluss des einzelnen Vorhabens mitzuteilen. Dieser Mitteilung beizufügen ist ein Sachstandsbericht zum aktuellen Stand des Projekts sowie geeignete Nachweise hierzu (z. B. Auszüge aus dem Bauausgabebuch). Weitergehende Nachweise können bei Bedarf verlangt werden.

Für den Fall einer anteiligen Finanzierung aus dem Krankenhausstrukturfonds wird darauf hingewiesen, dass der Verwendungsnachweis unter Berücksichtigung von § 8 Abs. 2 KHSFV spätestens innerhalb von zehn Monaten nach Abschluss des Vorhabens vorzulegen ist. Für den vorzulegenden Verwendungsnachweis bitten wir eine Submissionsliste zu fertigen und beizugeben.

Unbeschadet sonstiger Rückforderungsansprüche behält sich die Förderbehörde den Widerruf der Förderbescheide insbesondere für den Fall vor, dass die Voraussetzungen für eine Auszahlung der Fördermittel von Anfang an nicht bestanden haben oder nachträglich entfallen oder die Fördermittel nicht zweckentsprechend verwendet werden.

### IV.

Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 1,2 und 3 Abs. 1 Nrn. 2 und 6 des Kostengesetzes (KG).

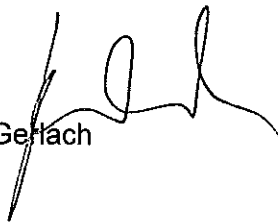
#### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie **Klage** erheben. Die Klage müssen Sie **innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheides** beim Bayerischen Verwaltungsgericht München, Bayerstraße 30, 80335 München (Postanschrift: Postfach 20 05 43, 80005 München), **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** erheben. Die Klage kann beim Bayerischen Verwaltungsgericht München auch **elektronisch** nach Maßgabe der der Internetpräsenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)) zu entnehmenden Bedingungen erhoben werden. **In der Klage müssen Sie den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen**, ferner sollen Sie einen bestimmten Antrag stellen und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel angeben. Der Klageschrift sollen Sie diesen Bescheid beifügen (in Urschrift, in Abschrift oder in Ablichtung), ferner zwei Abschriften oder Ablichtungen der Klageschrift für die übrigen Beteiligten.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung**

- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!
- Nähere Informationen zur elektronischen Klageerhebung sind der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)) zu entnehmen.
- Kraft Bundesrechts ist bei Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Mit freundlichen Grüßen

  
Gerlach

**Anlage**  
zum Bescheid der Regierung von Oberbayern  
**Auflagen und Hinweise**

vom  
16.05.2017

Geschäftszeichen  
12.2.3-2433 RO 2011  
(J18717)

**1. Auflagen**

**1.1 Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit**

Die Maßnahme ist sparsam und wirtschaftlich weiterzuplanen und auszuführen. Alle Einsparungsmöglichkeiten müssen wahrgenommen werden.

**1.2 Korrekturen**

Die in den Prüfungsunterlagen angebrachten Korrekturen sind zu beachten.

**1.3 Abweichungen**

Vor wesentlichen Abweichungen von den Festlegungen dieses Bescheides ist stets die Zustimmung der Regierung von Oberbayern einzuholen. Eine wesentliche Abweichung liegt insbesondere dann vor, wenn

- die der gebilligten Bau- und Ausstattungsplanung zugrunde liegende medizinische Aufgabenstellung verändert wird,
- die Bauplanung mit bedeutsamen Auswirkungen in funktioneller, betrieblicher oder krankenhaushygienischer Hinsicht geändert wird,
- die gebilligte Grundkonzeption der betriebstechnischen Anlagen und Installationen geändert wird.

Nicht vorab genehmigte wesentliche Abweichungen schließen eine Förderung für den gesamten Bauteil aus.

Andere Abweichungen sind im Rahmen der Prüfung des Verwendungsnachweises zu behandeln.

**1.4 Vergabe**

Zur Vergabe wird auf die Hinweise Nr. 2.2 aufmerksam gemacht.

Darüber hinaus hat der Träger darauf zu achten, dass den Bietern auch ermöglicht werden soll, im Rahmen der Ausschreibung durch einen eindeutig abgefassten Forderungskatalog eigene Material- und Konstruktionsvorschläge zu machen (Preisleistungswettbewerb).

**1.5 Sonstige Genehmigungen**

Der Träger hat sich zu vergewissern, dass der Inhalt dieses Bescheides dem Inhalt der sonst zur Durchführung der Maßnahme nötigen Genehmigungen (insbesondere Baugenehmigung) nicht entgegensteht.

**2. Hinweise**

**2.1 Anzuwendende Vorschriften**

Für die ordnungsgemäße Abwicklung der Maßnahme sind alle einschlägigen Gesetze und Verordnungen zu beachten. Die Regierung von Oberbayern empfiehlt dringend, sich zumindest mit den nachfolgend genannten Vorschriften in der jeweils gültigen Fassung vertraut zu machen; der Maßnahmeträger kann sich nicht auf Unkenntnis berufen.

KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
BayKrG	Bayerisches Krankenhausgesetz
BayHO	Haushaltsordnung des Freistaates Bayern
BayVwVfG	Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz
DVBayKrG	Verordnung zur Durchführung des BayKrG

**2.2 Vergabe**

Bei Auftragsvergaben hat der Krankenhausträger die für Kommunen geltenden allgemeinen Verdingungs – und Vergabegrundsätze einzuhalten. Weitergehende Bestimmungen des Bundes – und des Europarechts bleiben unberührt.

**2.3 Baubeginn**

Mit der Maßnahme darf erst begonnen werden, wenn entweder der vorzeitige Baubeginn genehmigt oder durch Bescheid die Aufnahme der Maßnahme in das Jahreskrankenhausbauprogramm festgestellt ist und Förderleistungen bewilligt sind. Die genannten Bescheide ergehen erst nach Unanfechtbarkeit dieser fachlichen Billigung. Es empfiehlt sich deshalb zur Beschleunigung, der Regierung von Oberbayern umgehend schriftlich zu erklären, dass dieser Bescheid in vollem Umfang anerkannt und auf die Rechtsbehelfe hiergegen verzichtet wird.

**3. Die Absicherung der Fördermittel (vgl. Art. 18 Abs. 3 BayKrG) hat vor der ersten Auszahlung zu erfolgen.**

## Anlage

zum Bescheid der Regierung von Oberbayern (Bewilligungsbescheid Bauprogramm))

Vom 16.05.2017	Aktenzeichen 12.2-3-2433 RO 2011 (J18717)
-------------------	--

### Nebenbestimmungen und Hinweise

#### 1. Nebenbestimmungen

##### 1.1 Bedingung:

Wenn dieser Bescheid die erste Bewilligung von Fördermitteln für die Maßnahme ausspricht, ergeht er bedingt. Er wird erst wirksam, wenn der Maßnahmeträger der Regierung von Oberbayern schriftlich bestätigt hat, dass die Maßnahme noch nicht begonnen ist (Art. 11 Abs. 3, besonders Sätze 2 und 3 BayKrG). Das gilt nicht im Fall der Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn (Satz 5 a. a. O.).

##### 1.2 Die Auflagen und Bedingungen der fachlichen Billigung(en) (siehe Nr. 1 der Gründe) gelten auch für diesen Bescheid

##### 1.3 Auflagen:

##### 1.3.1 Nach Beendigung der Maßnahme ist der Verwendungsnachweis unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 18 Monaten, der Regierung von Oberbayern vorzulegen (Umfang siehe § 5 DVBayKrG)

Der Verwendungsnachweis besteht aus folgenden Unterlagen:

- dem sachlichen Bericht (Kurzbeschreibung der Maßnahme, Ausführung gemäß fachlicher Billigung, Maßnahmebeginn und -beendigung, Restarbeiten),
- der Ausgabenübersicht mit Einzelaufstellung der Belege, gegliedert nach DIN 276 bis Spalte 3, (nur bei Höchstbetragsförderung),
- der zeitlichen Aufgliederung der Einnahmen (insbesondere Förderleistungen) und Ausgaben mit Nachweis der aus Förderleistungen erzielten Zinsen,
- die Verdingungs- und Vergabeunterlagen, den Submissionsniederschriften und den Übersichtstabellen zu den Submissionsergebnissen.

##### 1.3.2 Die Regierung von Oberbayern oder die von ihr ermächtigte Stelle ist berechtigt, Unterlagen durch Einsichtnahme zu prüfen. Sie kann Bücher und Belege, Aufmasse, Massenermittlungen, Regieberichte zu den Regierechnungen, Verdingungs- und Vergabeunterlagen (Leistungsverzeichnisse, Vertragsbedingungen, Auftragsschreiben), Ausführungspläne der betriebstechnischen Anlagen und Installationen sowie Verträge der Architekten, Fachingenieure, Programmberater und Baubetreuer anfordern.

##### 1.3.3 Sämtliche Rechnungsbelege und alle sonstigen in dieser Nummer genannten Unterlagen sind nach Erlass des abschließenden Bewilligungsbescheides 5 Jahre lang aufzubewahren, da der Bayer. Oberste Rechnungshof und die Staatl. Rechnungsprüfungsämter berechtigt sind, die bestimmungsgemäße Verwendung der Mittel nach Maßgabe des Art. 91 BayHO zu prüfen.

##### 1.3.4 Wird der Verwendungsnachweis nicht, nicht vollständig einschließlich aller Unterlagen oder nicht rechtzeitig vorgelegt, können die Förderleistungen gekürzt werden.

## **2. Hinweise**

- 2.1 Wir bitten, die Vorschriften über den Widerruf und die Rücknahme von Förderbescheiden und die Rückerstattung von Fördermitteln (Art. 19 BayKrG, Art. 48, 49 und 49 a BayVwVfG) besonders zu beachten.

### **2.2 Auszahlung**

Die Auszahlung ist bei der Regierung von Oberbayern mit Formblatt nach Muster 3 zu Art. 44 BayHO zu beantragen. Eine evtl. örtliche Beteiligung wird mit dem jeweiligen Auszahlungsbetrag anteilig verrechnet.

Die Förderleistung darf nur insoweit und nicht eher angefordert werden, als sie für Zahlungen benötigt wird, die voraussichtlich innerhalb von 2 Monaten nach der Anforderung im Rahmen des Förderzwecks geleistet werden müssen. Die Anforderung jedes Teilbetrages muss die zur Beurteilung des Mittelbedarfs erforderlichen Angaben enthalten; dabei ist die Vorlage von Rechnungen grundsätzlich nicht erforderlich.

### **2.3 Sicherheitsleistung**

Bei Errichtungsmaßnahmen, deren Fördersumme 500.000 € übersteigt, hat der Förderungsempfänger für einen möglichen Rückforderungsanspruch geeignete Sicherheiten zugunsten des Freistaates Bayern (z. B. Grundschuld) vor Auszahlung zu leisten (vgl. Art. 18 Abs. 3 BayKrG). Eine Absicherung nach Satz 1 ist nicht erforderlich, wenn der Krankenhausträger eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, eine Stiftung oder ein Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege ist.

Bei Eintragung der Grundschuld wird dem Krankenhausträger ein angemessener Freiraum (5.100 €) je gefördertes Krankenbett) für notwendige anderweitige Belastungen eingeräumt.

Der Freistaat Bayern wird beim Abschluss der notwendigen Vereinbarungen von der Bayer. Staatsschuldenverwaltung vertreten.

# Submissionsliste für die Baumaßnahme

Blatt

Leistungsart bzw. Gewerk	Vergabeart öffentlich beschränkt freihändig offenes Verfahren Nichtoffenes Verfahren Verhandlungsverfahren	= Ö = B = F = O = NO = V	Angebote (aufgef. / Abgegeb.) Anzahl	Name der Bieter mit Firmensitz	Geprüfte Angebotssumme €	Rangliste der beauftr. Firma	Bemerkungen (insbesondere Begründung bei Vergabe an 2. oder höhere Rangstellen mit Vergaben- niederschrift und Beschluß
1	2		3	4	5	6	7

Die vorstehenden Angaben auf Blatt 1 mit ..... enthalten alle durchgeführten Submissionen und freihändigen Vergaben. Sie sind vollständig und richtig  
(Bestätigung nur auf dem letzten Blatt)

.....den, .....

# EMPFANGSBESTÄTIGUNG

über die Zustellung eines Schriftstücks an folgende Anschrift (Art. 5 Abs. 1 VwZVG):

## Empfänger:

Schön Klinik Bad Aibling  
SE & Co KG  
Seestr. 5a  
83209 Prien

☒ Den Bescheid

☐ Das Schreiben

☐

## Zurück an:

Regierung von Oberbayern  
80534 München

vom	Geschäftszeichen
16.05.2017	12.2-3-2433-RO 2011 (J18717)
Betreff	
Schön Klinik Bad Aibling	
Erweiterungsbau Neubau Haus 2	
KeZ: 187 17	

habe ich heute erhalten.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift